

1. Verbesserung der Unterrichtsversorgung

1. Landesweit bleiben – trotz deutlichem Schülerrückgang - über 700 Lehrerstellen erhalten - Diese Stellen hätten nach den Plänen der früheren Landesregierung 2011 wegfallen sollen.
2. 2,8 Millionen Euro wurden im jetzt verabschiedeten 4. Nachtragshaushalt für zusätzliche Krankheitsvertretungen bewilligt.
3. Der Klassenteiler wurde von 31 auf 30 Schüler/innen an weiterführenden Schulen abgesenkt.
4. An beruflichen Schulen wurden weitere Gymnasien und zusätzliche Klassen eingerichtet, damit nicht mehr so viele Bewerber abgewiesen werden müssen.
5. Allein im Regierungsbezirk Stuttgart wurden 100 Stellen für neue Gymnasiallehrer geschaffen
6. 2012 sollen 200 von insgesamt 800 neuen Stellen für Krankheitsvertretungen geschaffen werden, damit Baden-Württemberg Anschluss findet an den Bundesdurchschnitt von 2,5 % der Lehrer als Krankheitsreserve. Im Moment hat Baden-Württemberg nur eine Quote von 1,5% und entsprechend hohe Unterrichtsausfälle.
7. Im nächsten Jahr wären aufgrund des Schülerrückgangs rechnerisch **3300 Lehrerstellen frei geworden (!)** – diese sollen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung im System gehalten werden.

2. Schulstrukturen

1. Rund 30 Gemeinschaftsschulen sollen im nächsten Schuljahr an den Start gehen. Diese sollen in der Regel zweizügig sein, Ausnahmen sind möglich.
2. Die Werkrealschulen sollen auch einzügig möglich sein.
3. Das Angebot des freiwilligen G9-Zuges an Gymnasien gerät ins Stocken, da hier die Grünen mehrheitlich dagegen sind. Die SPD-Landtagsabgeordneten haben im Bildungsausschuss den Grünen abgerungen, einen G9-Zug mindestens an 44 Schulen zu ermöglichen. Die Fraktion der Grünen hat jetzt überraschenderweise beschlossen diese Zahl auf 19 zu senken.

Mit den Möglichkeiten Gemeinschaftsschule und Werkrealschule steigt die Chance, Schulstandorte in kleineren Gemeinden zu erhalten und damit den Kindern wohnortnahe bessere Chancen zu geben. Vor Ort ist es auch leichter möglich, Praktika oder Lehrstellen zu finden.

3. Finanzielle Unterstützung der Kommunen

Die neue Landesregierung lässt die Kommunen finanziell nicht im Regen stehen. Die Mittel aus der Grunderwerbssteuererhöhung werden neben der Mietwohnungsbau- und Eigenheimförderung an die Kommunen weitergegeben:

1. **Kleinkindbetreuung (0-3)** **315 Millionen Euro**
Aus der beiliegenden Tabelle sind die einzelnen Beträge für jede Kommune des Rems-Murr-Kreises für 2012 ersichtlich – insgesamt wurden die Mittel auf mehr als das 2 ½-fache erhöht.
2. **Schulsozialarbeit** 15 Millionen Euro
3. **Sprachförderung** 11 Millionen Euro
4. **Schülerbeförderung:** Der Landesanteil der Schülerbeförderung, der seit 1997 gedeckelt war, wird um 20 Mio. Euro erhöht.

4. Neue Stellen in den Ministerien

Im Zuge der Regierungsübernahme wurden rund 180 neue Stellen in den Ministerien geschaffen, die bis 2017 wieder abgebaut sein sollen (2009 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung übrigens über 900 neue Stellen geschaffen).

Die SPD-Landtagsfraktion hat durchgesetzt, dass in den Ministerien nicht eine Vielzahl weiterer Stellen geschaffen wird – diese wurden auf eine einstellige Anzahl begrenzt.

5. Haushaltssanierung

Die Erhöhung der Beamtenbesoldung wurde in Abhängigkeit der Gehaltshöhe auf den 1.3. bzw. den 1.8. verschoben und die Eigenbeteiligung bei der Beihilfe wurde gemäß Preissteigerungsrate erhöht.

Auf Drängen der SPD-Landtagsfraktion gibt es keine prozentualen Beihilfekürzungen mit entsprechendem Höherversicherungsbedarf – dies hätte vor allem für ältere Beamte gravierende finanzielle Auswirkungen haben können.

6. Energetische Gebäudesanierung:

Die Hängepartie in der energetischen Gebäudesanierung ist immer noch nicht beendet.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte zunächst einen für die Länder inakzeptabel ausgestalteten Gesetzesentwurf vorgelegt. Die folgerichtige Ablehnung durch den Bundesrat verunsichert Hauseigentümer und Baugewerbe. Die Mittelabfrage für die energetische Sanierung von Gebäuden ist um 60% zurückgegangen. Beratungskapazitäten werden deutlich weniger nachgefragt. Um die Klimaschutzpolitischen Ziele zu erreichen, bedarf es mindestens einer Verdopplung der Sanierungsquote und keine Verringerung.

Ein Vorstoß unseres Finanz- und Wirtschaftsministers Nils Schmid hat verhindert, dass das Thema von der Bundesagenda gestrichen wird. Der Vermittlungsausschuss (Bundesrat/Bundestag) hat am 23.11.2011 jedoch kein Ergebnis erzielen können. Weitere Beratungen bleiben abzuwarten.

7. Atomkraft: Will Oettinger 40 neue Atomkraftwerke ?

Die durch einen Bericht der Süddeutschen Zeitung bekanntgewordenen Pläne von EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU), an der Atomkraft festzuhalten und sogar neue Atomkraftwerke bauen zu wollen, führen zu energischem Widerspruch bei der SPD-Landtagsfraktion.

8. Mindestlohn: die Landesregierung will einen Mindestlohn von 8, 50 Euro durchsetzen

9. Mittel für die Sanierung der Landesstraßen sollen erhöht werden

Eine aktuelle Anfrage von mir an das Verkehrsministerium hat bestätigt, dass im Rems-Murr-Kreis 46% der Landesstraßen im schlechten der sehr schlechten Zustand sind. Ein Aufschieben der Sanierungsarbeiten erhöht die Kosten.

10. Studiengebühren werden zum Sommersemester 2012 abgeschafft!

Unter <http://www.grubermdl.de/> findet Ihr auch Informationen und Presseberichte